

34. Beilage im Jahr 2021 zu den Sitzungsunterlagen des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der SPÖ Vorarlberg und NEOS Vorarlberg

Beilage 34/2021

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 23.04.2021

Betreff: Mehr als Zeichen setzen! – Vorarlberg braucht einen Aktionsplan gegen Diskriminierung von LGBTIQ-Personen!

Sehr geehrter Herr Präsident,

unter der alarmierenden Überschrift „Regenbogenfahne bleibt als Mahnmal hängen¹“ berichtete „Vorarlberg Online“ am 20. April 2021 über den jüngsten Vandalismus gegen eine Regenbogenfahne in Österreich. An einer Bregenzer Kirche wurde die Fahne als Zeichen der Inklusion und der Solidarität mit Lesben, Schwulen, bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LGBTIQ) gehisst.

Unbekannte setzten sie in Brand und reihen diesen Vorfall damit in eine erschreckende Serie mit anderen Vandalismus-Akten gegen Symbole der Gleichstellung und Antidiskriminierung in den letzten Wochen in Vorarlberg. Das Anzünden von Fahnen in Bregenz, Feldkirch und Hard sowie die Diebstähle von unzähligen Fahnen in ganz Vorarlberg gegen Zeichen queerer Sichtbarkeit zeigen einmal mehr deutlich, dass der Einsatz für die Gleichstellung von LGBTIQ-Menschen in Vorarlberg und in Österreich noch lange nicht vorbei ist.

Während in Österreich und Vorarlberg genau in diesem Bereich in den letzten Monaten und Jahren zu wenig weitergegangen ist, präsentierte die Europäische Kommission im November 2020 unter dem Titel „Union der Gleichheit“ die erste umfassende Gleichstellungsstrategie für Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender-, intergeschlechtliche und queere Personen (LGBTIQ). In der offiziellen Information zur Strategie stellt die Kommission dabei klar: „Wenngleich in der EU in den letzten Jahren Fortschritte bei der Gleichstellung von LGBTIQ erzielt wurden, werden LGBTIQ-Personen nach wie vor diskriminiert (43 Prozent fühlen sich nach eigenen Aussagen diskriminiert). Die COVID-19-Krise hat die Lage noch verschärft. Die heute vorgelegte Strategie befasst sich mit den Ungleichheiten und Herausforderungen, mit denen LGBTIQ-Personen konfrontiert sind, und enthält eine Reihe gezielter

¹ <https://www.vol.at/regenbogenfahne-bleibt-als-mahnmal-haengen/6963323>, zuletzt besucht am 22.4.2021.

Maßnahmen (einschließlich rechtlicher und finanzieller Art) für die nächsten 5 Jahre².“

Im Zentrum der LGBTIQ-Strategie stehen vier Säulen:

1. Die Bekämpfung von Diskriminierung (insbesondere durch die Evaluierung der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf);
2. Die Gewährleistung von Sicherheit (durch den Kampf gegen Hassdelikte, Hetze und Gewalt, sowie eine geplante Initiative, die Liste der „EU-Straftaten“ um Hassdelikte und Hetze zu erweitern, die sich gegen LGBTIQ-Personen richten);
3. Der Schutz von Regenbogenfamilien (insbesondere bei der Überschreitung von EU-Binnengrenzen);
4. sowie die Gleichstellung von LGBTIQ weltweit.

Gleichzeitig werden die Mitgliedsstaaten angehalten, eigene Aktionspläne ins Leben zu rufen: „Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, auf bestehenden bewährten Verfahren aufzubauen und eigene Aktionspläne für die Gleichstellung von LGBTIQ zu entwickeln. Ziel ist es, LGBTIQ-Personen besser vor Diskriminierung zu schützen und die Maßnahmen im Rahmen dieser Strategie durch Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ in Bereichen, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, zu ergänzen³.“

Gerade die österreichische Bundesregierung hat noch viel zu tun und muss diese EU-Strategie zum Anlass nehmen, um auch auf nationaler Ebene deutlich stärker als in den letzten Monaten und Jahren für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen einzutreten. Das betrifft sowohl der Kampf gegen Hate Crimes, als auch der fehlende Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung außerhalb der Arbeitswelt (beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen) aufgrund des noch immer ausstehenden „Levelling Up“ des Gleichbehandlungsgesetzes. Außerdem gibt es gerade im Bereich des Schutzes von besonders vulnerablen Gruppen in unserem Land noch immer massiven Handlungsbedarf. So zeigen erschreckende Medienberichte über die Situation von LGBTIQ-Schutzsuchenden in den vergangenen Jahren immer wieder, dass gerade diese Gruppe im Asylverfahren oft mit extremer Homo- und Transphobie konfrontiert ist.

Die Vorarlberger Landesregierung hat sich in ihrem Arbeitsprogramm unter Punkt 6.2 mit den Worten „Die Vorarlberger Landesregierung spricht sich gegen jede Form der Diskriminierung (von LGBTIQ) aufgrund der sexuellen Orientierung aus. Durch Information bezüglich Trans- und Intersexualität werden Vorurteile und Unsicherheiten in der Bevölkerung abgebaut⁴“ zu dem Thema bekannt – diesen Worten müssen auch entsprechende Taten folgen.

In all diesen Bereichen braucht es ein koordiniertes, umfassendes Vorgehen gegen Diskriminierung und für Akzeptanz! Ein Aktionsplan und eine entsprechende Strategie, die alle Bereiche des Landes umfassen und nachvollziehbare Ziele für die Verbesserung der Lage der LGBTIQ-Community auflisten, wären genau dafür der richtige Weg. Diese würden die Möglichkeit geben, endlich in allen Bereichen mit Diskriminierungen und fehlendem Schutz im politischen, sowie im Verwaltungsbereich abzuschließen und allen Menschen in Vorarlberg und in

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2068, zuletzt besucht am 22.4.2021.

³ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2068, zuletzt besucht am 22.4.2021.

⁴ <https://vorarlberg.at/documents/302033/472082/Arbeitsprogramm+2019+-+2024.pdf/42363506-5c70-d126-c847-d72c13a6e0c3?t=1616150574042>, zuletzt besucht am 22.4.2021.

Österreich ein selbstbestimmtes, sichtbares und stolzes Leben zu ermöglichen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität!

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. umgehend einen Aktionsplan gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz von LGBTIQ-Personen vorzulegen und eine grundsätzliche LGBTIQ-Strategie für das Land Vorarlberg zu entwickeln,***
- 2. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, einen bundesweiten Aktionsplan gegen Diskriminierung und für die Akzeptanz von LGBTIQ-Personen umzusetzen.“***

LAbg. Elke Zimmermann (SPÖ)

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA (NEOS)